



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

31. Sitzung (öffentlich)

13. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:34 Uhr bis 17:28 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1422 (Erläuterungen zum Einzelplan 11)
Vorlage 18/1628 (nachträglich erschienen)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 2 Gesetz zur Übermittlung von Schülerinnen- und Schülerdaten am Übergang von der Schule in den Beruf (Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetz NRW) 15**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/4532
- abschließende Beratung und Abstimmung
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen aller Fraktionen zu.
- 3 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung im Land Nordrhein-Westfalen (LKRNG NRW) 16**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5351
- Wortbeiträge
- 4 Damit alle einsteigen können: NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowie ein echtes Solidarticket 17**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4584
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die schriftliche Anhörung im federführenden Ausschuss abzuwarten.
- 5 Anstieg der Zahl der Drogentoten und Stand der suchtmedizinischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen 18**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/858
- Ausschussprotokoll 18/280 (Anhörung vom 07.06.2023)
- Wortbeiträge

6 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – NRW macht sich auf den Weg zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung 21

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2544

Ausschussprotokoll 18/230 (Anhörung vom 26.04.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

7 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken! 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung vom 15.11.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

8 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen 26

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4585

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Lena Teschlade (SPD), sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss beschlossenen Anhörung zu beteiligen.

9 Für ein faires Praktisches Jahr im Medizinstudium: Ausbildungsbedingungen verbessern und Vergütung anheben! 27

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5428

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Franziska Müller-Rech (FDP), eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

10 Bedarfsgerechte Behandlung von Alopecia areata (Kreisrundem Haar- ausfall) 28

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5412

– Wortbeiträge

11 HPV-Impfungen fördern – freiwillige Schulimpfungen einführen! 29

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5426

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Franziska Müller-Rech (FDP), eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

12 Für ein familienfreundliches NRW: erweiterte Kinderkrankentage zu- sichern! 30

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5415

– Wortbeiträge

- 13 Abschluss einer Bund-Länder-Vereinbarung zur Moderationsausbildung im Projekt „Interprofessionelle Qualitätszirkel Frühe Hilfen“** **31**
- Vorlage 18/1516
Drucksache 18/5646
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt den Abschluss der Bund-Länder-Vereinbarung zur Kenntnis.
- 14 Anerkennung ausländischer Fachkräfte in NRW** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **32**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1582
- Wortbeiträge
- 15 Zusammen im Quartier – Kinder stärken – Zukunft sichern** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **35**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1583
- Wortbeiträge
- 16 Ende der Beratungsangebote „Perspektiven im Erwerbsleben“ und „Fachberatung Anerkennung“** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **37**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1581
- Wortbeiträge
- 17 Verschiedenes** **39**
- hier: **Anhörung zu Gesetzentwurf Drucksache 18/4278** **39**

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1422 (Erläuterungen zum Einzelplan 11)
Vorlage 18/1628 (nachträglich erschienen)

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgen, am 23.08.2023)

Minister Karl-Josef Laumann (MAGS) trägt vor:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen und Abgeordnete des Landtags! Vorab: Sie brauchen nichts mitzuschreiben. Wir werden die Rede im Anschluss in schriftlicher Form zur Verfügung stellen.

(Redemanuskript siehe Vorlage 18/1628)

Es sind insgesamt 26 Seiten. Diese werde ich nicht alle vortragen, sondern versuchen, meinen Vortrag etwas kürzer zu machen, und mich auf die wesentlichen Punkte konzentrieren. Sie erhalten die Langfassung, die die Fachabteilungen zusammengetragen haben, im Anschluss, um alle Informationen zu haben.

Eine Grundsatzanmerkung zum Haushalt 2024: Jeder kann sich vorstellen, dass diese Haushaltsaufstellung auch in unserem Bereich nicht einfach war. Es gibt nun einmal riesige Herausforderungen: der demografische Wandel, der Krieg in der Ukraine, die Klimakrise und natürlich viele Programme, die zum Beispiel in Berlin entschieden worden sind, die wir in den Ländern mit finanzieren müssen. Das macht das Aufstellen eines Haushalts ohne Neuverschuldung schwierig. Das muss man ganz klar sagen. Die Schuldenbremse ist aber Bestandteil unserer Verfassung. Daher müssen wir einen schuldenfreien Haushalt aufstellen.

Die Einsparungen, die notwendig waren, mussten in allen Häusern erbracht werden, die nichts mit Kinder und Schulen zu tun haben. Diese Bereiche sind aus der Haushaltskonsolidierung herausgenommen worden. Das bedeutet im Grunde, dass von den gesamten Einsparungen auch unser Haus knapp 10 % erbringen musste. Ich finde, wir haben diese Herausforderung mit einem guten Ergebnis gemeistert.

Die wichtigsten Punkte sind die Folgenden.

Die Finanzierung des Krankenhausplans NRW in Höhe von 2,5 Milliarden Euro bis 2027 ist in diesem Haushalt nach wie vor gesichert.

Die Meisterprämie, die ein ganz wichtiger Teil unserer Fachkräfteoffensive ist, ist wie geplant im Juli an den Start gegangen und wird 2024 natürlich fortgeführt und vernünftig ausfinanziert.

Ab 2024 sollen die Tafeln jährlich mit 1,6 Millionen Euro gefördert werden.

Daneben gab es Umschichtungen im ESF betreffend die Berufseinstiegsbegleitung in Höhe von 12 Millionen Euro.

Insgesamt hat der Haushalt des MAGS 2024 ein Ausgabevolumen von 9,24 Milliarden Euro und damit 0,46 Milliarden Euro mehr als 2023.

Die Erhöhungen hängen mit dem Krankenhausplan – 340 Millionen Euro – und mit der Erhöhung bei gesetzlichen Leistungen im sozialen Bereich um 82 Millionen Euro, davon 50 Millionen Euro für die Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes, zusammen.

Für den freiwilligen Förderbereich, der ja politisch immer im Fokus steht, haben wir über 604,9 Millionen Euro. Das sind aber nur 6,5 % des Gesamthaushalts. Alles andere ist gebundenes Geld wegen gesetzlicher Aufgaben, die wir wahrnehmen müssen.

Unsere Fachkräfteoffensive, die einer der Eckpfeiler im Arbeitsmarktbereich in unserem Haus ist, ist unabdingbar wichtig. Jeder weiß, dass wir durch den demografischen Wandel ein großes Arbeitskräfte- und Fachkräfteproblem haben – sehr stark in der handwerklichen, industriellen und gewerblichen Wirtschaft. All das sind Bereiche, die wir dringend brauchen, um die großen Herausforderungen zu bewältigen, die wir dadurch, in den nächsten Jahren ein klimaneutrales Land werden zu wollen, haben. Dafür sind viele gewerbliche und Handwerksberufe nötig.

Ich habe mir das heute noch mal angeschaut. Angesichts dessen, dass das Handwerk in Nordrhein-Westfalen im Ganzen 22.000 unterschriebene Lehrverträge hat, ist jedem klar, wie brenzlich die Lage nach wie vor ist. Mit 22.000 abgeschlossenen Lehrverträgen für das gesamte Handwerk in Nordrhein-Westfalen werden wir den Fachkräftemangel alleine nicht in den Griff kriegen.

Es wird sehr viel über Zuwanderung und Berufsankennung geredet. All das steht auch noch auf der heutigen Tagesordnung. Wir als MAGS haben uns jetzt erst einmal für etwas entschieden, was dem Staatssekretär und mir politisch ganz richtig ist. Wir wollen in der Fachkräfteoffensive auch deutlich machen, dass wir keinen einfach stehen lassen, keinen ausgrenzen. Deswegen zielen unsere Bemühungen sehr stark darauf ab, die jungen Leute vor allem in den Übergangssystemen in die duale Ausbildung zu bekommen. Wir wollen, dass sich jeder Mensch mit seinen Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt einbringen kann. Außerdem möchten wir jeden Menschen dazu befähigen, eine Qualifikation zu haben, die in der Wirtschaft, wie sie heute funktioniert, nötig ist. Deswegen haben wir in diesem Bereich in erheblichem Umfang ESF- und Landesmittel eingesetzt, um das hinzubekommen.

Der wesentliche Aspekt, den ich auch im mündlichen Bericht hervorheben möchte, ist, dass wir zusätzlich 10,3 Millionen Euro in die Hand nehmen, um 130 Übergangslotsen zu finanzieren. Diese Menschen sollen bei Trägern angestellt sein, aber in erster Linie

in Berufsschulen wirken, wo die jungen Leute in den Übergangssystemen sind. Die Idee ist, dass sie in den Berufsschulklassen mit den jungen Leuten reden und Vereinbarungen schließen, damit sie gute Praktika machen können, die dann auch dazu führen, dass sie vielleicht nächsten Sommer eine vernünftige Lehrstelle bekommen. Für ein solches Programm braucht man einen langen Atem. Man wird nicht in wenigen Monaten oder in einem Jahr sagen können, ob das funktioniert. Wir müssen es aber angehen, weil es in Nordrhein-Westfalen etwa 40.000 Menschen, die alle jung sind, betrifft. Diese sind in der Regel vier Jahre lang in diesem Übergangssystem. Anschließend bekommen wir davon knapp 15 % überhaupt in die Ausbildung. Diese Zahlen sind nicht in Ordnung und steigerungsfähig. Wenn wir auf 100 % kämen, wäre ich stolz wie Bolle. Wenn wir aber von 15 % auf 30 % oder 40 % kämen, wären auch das schon Ergebnisse, die die Mühe, einen solchen Schwerpunkt zu setzen, lohnen.

Die Wirtschaft wird uns mit Praktikumsplätzen unterstützen. Natürlich wird sie sich auch um diese jungen Leute kümmern müssen. Das ist mit dem Ausbildungskonsens besprochen. Das besprechen der Staatssekretär und ich zusammen mit der Arbeitsmarktabteilung auch in den Regionen mit der regionalen Wirtschaft. Das ist ein wirklich ganz wichtiger Aspekt, bei dem wir einen Schwerpunkt setzen.

Auch die Meisterprämie muss man ganz vorne stehen. Diese haben wir zunächst mit einer Summe von 11 Millionen Euro auf die Meisterprüfungen im Handwerk konzentriert. Wir haben uns für das Handwerk entschieden, weil im Handwerk die Meisterprüfung die Voraussetzung dafür ist, Menschen zu haben, die die Betriebe übernehmen. Wenn Meister in den wohlverdienten Ruhestand gehen, dann ist es nicht immer so, dass jemand aus der Familie bereitsteht, das Unternehmen weiterzuführen. Wir brauchen Leute, die Handwerksbetriebe in Zukunft führen. Richtigerweise hängt das am Meisterbrief. Auch, weil wir dafür nicht mehr Geld hatten, ist das unsere erste Priorität.

Ich weiß, dass diese 11 Millionen Euro für das Handwerk bei den IHK-Berufen teilweise etwas kritisch gesehen werden. Das verstehe ich auch. Es ist aber ein erster Schritt und richtig, mit dem Handwerk anzufangen, weil diese Frage der Selbstständigkeit dahintersteht. Das war unsere Motivation.

Die Berufseinstiegsbegleitung machen wir weiter. Dafür stehen 10,5 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können wir rund 5.250 Jugendliche fördern – natürlich auch auf dem Weg in die Ausbildung.

Das Werkstattjahr, das, wie man fast sagen kann, in diesem Land Tradition hat, wird mit 6,8 Millionen Euro unverändert fortgeführt.

Wir haben auch die Finanzierung für die Beratungsstellen Arbeit in Höhe von jährlich rund 10 Millionen Euro sichergestellt, weil diese Stellen wegen der prekären Arbeitsverhältnisse, die wir insbesondere im Bereich von Saisonarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern, aber auch in anderen Branchen nach wie vor haben, einfach notwendig sind.

Wir haben rund 1 Million Euro für die weitere Förderung von Werkstätten für behinderte Menschen im Haushalt.

Inklusionsunternehmen werden weiter mit 2,5 Millionen Euro gefördert, wie wir es schon seit einigen Jahren machen.

Die Aktion „100 zusätzliche Ausbildungsplätze“ – in Wahrheit sind es heute 150 – für Berufseinsteiger mit Behinderung wird selbstverständlich weitergeführt. Auch das ist ein Instrument, das es in Nordrhein-Westfalen schon seit ganz vielen Jahren und unabhängig von Landesregierungen in der Arbeitsmarktpolitik gibt. Das ist ein gutes Programm, das wir kontinuierlich fortführen werden.

Beim Arbeitsschutz ist klar, dass wir uns darauf vorbereiten, dass wir ab 2026 jährlich 5 % der Betriebe kontrollieren können. Dass wir überall diese Quote erreichen wollen, haben wir Länder mit dem Bund abgestimmt. Dafür haben wir mehr Personal eingestellt.

Wir werden den Arbeitsschutz auch noch stärker digitalisieren. Dafür stehen Mittel im Haushalt. Der Arbeitsschutz muss also nicht mehr so viel in seine Büros fahren, sondern kann die Berichte überall schreiben, weil der Arbeitsschutz nach unserer Vorstellung den größeren Teil der Arbeitszeit in Betrieben und nicht in der Verwaltung verbringen sollte. Deswegen ist der Sitz der Verwaltung für den Arbeitsschutz demnächst nicht mehr ganz so wichtig wie früher. In einer digitalisierten Welt ist in der Struktur das eine oder andere durchaus anders vorstellbar, als es im Arbeitsschutz über Jahrzehnte der Fall war.

Wir sind ganz glücklich darüber, dass wir jetzt wieder vermehrt Meisterinnen und Meister im Arbeitsschutz einstellen. Ich will auch sagen, dass der Staatssekretär mit seinen Kollegen daran arbeitet, dass wir es hinbekommen, dass Leute mit Meisterbrief im Arbeitsschutz eine ähnlich gute Laufbahn einschlagen können wie diejenigen mit einem akademischen Abschluss. Dass das in unseren Verwaltungen immer noch schwierig ist, wissen Sie alle. Wenn wir die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung wollen, müssen wir es aber zumindest im technischen Bereich erst einmal hinbekommen, weil es da ja nun wirklich auf der Hand liegt, dass es keine gute Idee ist, dass ein Meister nicht so weit kommen kann wie jemand mit einer Bachelor- oder Masterausbildung. Ich denke, das passt auch gut zum Arbeitsschutz bei uns in Nordrhein-Westfalen.

In Bezug auf die Krankenhausversorgung muss ich jetzt nicht ausholen. Sie ist ja Bestandteil der politischen Debatte im ganzen Land. Wir machen uns gerade Schritt für Schritt ein Bild davon, wie wir in den Regionen die sogenannten Leistungsgruppen und Leistungsbereiche auf die Krankenhäuser verteilen. Die Förderung in Höhe von rund 2,5 Milliarden Euro ist vorhanden. Die Förderrichtlinie ist so gut wie fertig, sodass die Krankenhäuser dann auch wissen, was die Voraussetzungen für die Förderung sind.

Natürlich ist vollkommen klar, dass wir eine Stabilisierung der flächendeckenden Grundversorgung haben wollen, und zwar insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin und der Geburtshilfe, aber auch die Strukturen in den ländlichen Räumen stabilisieren müssen, dass die Krankenhäuser gut zusammenarbeiten und wir damit ein stabiles Angebot stationärer Versorgung flächendeckend hinbekommen und die personellen Ressourcen sinnvoll eingesetzt werden. Auch in dem Bereich werden wir den Fachkräftemangel nur dann beherrschbar halten, wenn wir nicht auf engsten Räumen sehr viel Personal verbrauchen, um gleiche Angebote vorzuhalten.

Was kann man heutzutage so machen? Man bekommt es jetzt ja auch mehr mit. Wenn es in einer Stadt, die etwa so groß ist wie ein Bundestagswahlkreis, die also 120.000

Einwohner hat, vier Krankenhäuser gibt und alle vier sieben Tage die Woche rund um die Uhr Kardiologie anbieten, dann gäbe es eine Versorgungssicherheit in dieser Stadt auch mit vielleicht ein oder zwei Krankenhäusern in diesem Bereich weniger. Jeder kann sich ausrechnen, wie viel Personalressourcen das verbraucht. Das müssen wir natürlich mit im Sinn haben, wenn wir eine flächendeckende Versorgung haben wollen. Die Einbrüche, die wir in der Versorgung haben, hängen in der Regel nämlich heute nicht mit der Krankenhausplanung zusammen, sondern damit, dass Stationen geschlossen sind, weil man das Personal nicht hat. Dadurch entstehen dann lange Wartelisten und Ähnliches bei den Patientinnen und Patienten. Das macht deutlich, dass es vernünftig ist, dass wir das machen.

Beim Maßregelvollzug ist klar, dass wir ihn und auch mehr Plätze dort brauchen. In meiner Heimatgemeinde haben wir vor wenigen Wochen 150 neue Plätze in Betrieb genommen. Im Übrigen ist das die erste Gemeinde seit Menschengedenken, die nicht gegen eine Forensik geklagt hat.

In Rheine haben wir eine Forensik aufgegeben. Sie war im Übergang, wird jetzt aber für längere Zeit ertüchtigt. Da werden dann ungefähr 80 Plätze geschaffen. Ich will nur sagen, dass es dann in meinem Wahlkreis, wo es früher gar keine Forensik gab, demnächst 230 forensische Plätze geben wird. Es ist Ruhe und Frieden. Es liegt immer daran, wie die Politik es einstellt, ob man solche Projekte hibekommt oder nicht.

Wir müssen diese Plätze haben. Forensische Einrichtungen sind Krankenhäuser mit einem besonderen Schutz für die Menschen. Sie sind dringend notwendig. Ich finde, Frau Hommel macht das in unserer Abteilung Maßregelvollzug klasse. Wir müssen zusehen, dass die Leute therapiert werden und wir sie wieder aus dem Maßregelvollzug herausgekomen. So viele Maßregelvollzugsplätze kann niemand bauen, wenn wir da nicht nur an das Verwahren, sondern auch daran, wie man die Leute gut therapieren kann und welches Umfeld nötig ist, um sie aus diesen Einrichtungen wieder herauszubekomen und in unsere Gesellschaft neu zu integrieren, denken.

In dieser Titelgruppe haben wir einen Ansatz für Bau- und Bauunterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 23 Millionen Euro. Wir haben es zusammen mit dem Finanzminister hibekomen, dass auch das Geld für die Planungen für die Bauten, die jetzt anstehen – das ist einmal in Lünen und etwas später in Wuppertal –, zur Verfügung steht, sodass wir in der Lage sind, unsere Kliniken zu bauen, wenn wir die Baugenehmigungen haben. Wir brauchen die Kliniken.

Ansonsten wird natürlich auch weiter im Bestand versucht, zusätzliche Kapazitäten im Maßregelvollzug zu erschließen.

Bei Maßnahmen im Gesundheitswesen haben wir im Haushalt insgesamt eine Zunahme von rund 18,5 Millionen Euro stehen. Man muss klar sagen, dass das auch mit den Bundesmitteln zu tun hat, die wir für den Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes haben. Es ist ein Segen, dass es dieses Programm gibt, um damit den öffentlichen Gesundheitsdienst sowohl auf der Kreisebene als auch im LZG in Bochum weiter auszubauen. Sie wissen, dass sich die Landesregierung entschieden hat, das LZG zu einem Landesamt für Gesundheit und Arbeitsschutz weiterzuentwickeln. Das werden wir in diesem und im nächsten Jahr umsetzen, auch personell umsetzen, sodass wir

etwas verbindlichere Strukturen schaffen. Während der Coronapandemie ist uns bewusst geworden, dass es gute Gründe gibt, ein Landesgesundheitsamt zu haben, was dann auch Möglichkeiten hat, auf die örtlichen Gesundheitsämter einzuwirken.

Diese machen alles in allem einen guten Job. Ich nenne aber mal ein Beispiel. Es kann nicht in der Kompetenz eines örtlichen Gesundheitsamtes liegen, ob Schuleingangsuntersuchungen durchgeführt werden oder nicht. Der Landtag will das dann sehr flächendeckend machen. Auch ich finde das richtig. Es muss dann aber eben auch flächendeckend gemacht werden. Gerade die Erhebung von Sprachkompetenzen und anderem bei Kindern vor der Einschulung ist nicht nur gesundheitlich, sondern auch pädagogisch wichtig.

Der Kinderschutz spielt natürlich auch in unserem Haushalt eine Rolle. Wir werden weiterhin unsere sogenannten Kinderschutzambulanzen mit rund 750 Millionen Euro weiter fördern. Außerdem werden wir das Kompetenzzentrum Kinderschutz, was eine Zusammenarbeit der Kinderklinik Datteln mit der Justiz in Köln ist, weiter fördern. Das Gesamtfördervolumen beträgt 638.000 Euro.

Das Hausärzteaktionsprogramm ist ebenfalls ein Kassenschlager, der notwendig ist. Dieses werden wir weiterhin mit 2,5 Millionen Euro fördern. Außerdem haben wir vor, Maßnahmen in Gesundheitsregionen und Gesundheitszentren zu machen. Dafür soll 2024 die Konzeption erstellt werden und die Umsetzung teilweise stattfinden.

Die Suchtberatung wird weiter mit rund 14,8 Millionen Euro gefördert. Im Bereich der psychischen Gesundheit setzen wir mit weiteren 3 Millionen Euro weitere Punkte.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen spielt auch im nächsten Haushalt eine große Rolle. Wir setzen rund 5,5 Millionen Euro dafür ein. Der Schwerpunkt liegt mit rund 3,8 Millionen Euro natürlich auf der Förderung des Virtuellen Krankenhauses.

Letzte Woche hatten wir ein Werkstattgespräch zum Thema „Long COVID“ mit allen Beteiligten. Auch da werden wir zusammen mit dem Virtuellen Krankenhaus eine Vernetzung von Arztpraxen, die bei diesem Thema eine gewisse Erfahrung und Expertise haben, organisieren, sodass wir auch da mit der Digitalisierung die Menschen, die von diesem schweren Leid, diese Krankheit zu haben, betroffen sind, von Räumen unabhängig gut fachlich begleiten können.

Sie wissen, dass im Sozialbereich ein ganz klarer Schwerpunkt die Bekämpfung von Armut und Obdachlosigkeit ist. Auch in Zeiten kritischer wirtschaftlicher Entwicklungen dürfen wir diesen Bereich aus meiner Sicht nicht aus den Augen verlieren. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Menschen weiterhin einen wichtigen Platz in unserem Land haben. Deswegen werden die sogenannten „Kümmerer“-Projekte, die wohl mittlerweile in ganz Deutschland Vorbild in der Obdachlosenhilfe geworden sind, konsequent weiter fördern.

Außerdem werden wir in diesem Bereich weiterhin Einzelaktionen wie Hitzeschutz oder, wenn es kalt wird, Wärmeversorgung machen.

All das sind Dinge, die unbedingt sein müssen.

Wir haben außerdem Geld in die Hand genommen, um an bestimmten Stellen in Städten, wo viele Obdachlose leben, Schließfächer zu installieren, damit die Menschen in

der Lage sind, das bisschen, was sie an Hab und Gut haben, irgendwo abzustellen, wo sie sicher sein können, dass es nachher auch noch da ist. All das sind Dinge, die diesen Menschen in ihrer schwierigen Situation erheblich helfen, damit sie mit dieser Situation irgendwie umgehen können.

Wir haben uns entschieden, eine neue Förderung für die Tafeln in Nordrhein-Westfalen einzuführen, und zwar in Höhe von rund 1,6 Millionen Euro. Ich weiß, dass man das politisch so und so diskutieren kann. Man kann natürlich sagen, der Sozialstaat müsse eigentlich so aufgestellt sein, dass man gar keine Tafeln braucht. Das ist auch wahr. Wahr ist aber auch, dass ein Sozialstaat nicht ohne Barmherzigkeit auskommt. Wenn der Kühlschrank leer ist, das Geld aufgebraucht ist und die Tage noch viele sind, dann ist es sozialpolitisch vernünftig, dass Menschen die Möglichkeit haben, an Nahrungsmittel zu kommen.

Ich sehe auch noch einen weiteren Aspekt. Natürlich ist auch das Wegwerfen von Nahrungsmitteln zumindest in meiner Wertevorstellung etwas, wo man bedenken sollte, ob das unbedingt sein muss oder ob es besser ist, dass diese Nahrungsmittel Menschen zugutekommen, die sich darüber freuen, dass sie sie bekommen.

Tafeln sind heute große Einrichtungen. Sie haben eine gewisse Struktur. Fast alles ist noch ehrenamtlich. Alles ehrenamtlich zu machen, geht fast gar nicht mehr, sodass ich finde, dass eine strukturelle Förderung vernünftig ist.

Das wird ergänzt durch „Endlich ein ZUHAUSE!“ und die Maßnahmen, die ich eben schon im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Obdachlosigkeit angesprochen habe.

Die Inklusion ist weiterhin ein zentrales Anliegen. Über die Umsetzung des BTHG streiten wir immer wieder, aber ich finde, dass wir auch da ganz gut vorangekommen sind. Es gibt ja viele Diskussionen über die Weiterentwicklung der Werkstätten. Mir ist aber wichtig, dass wir vor allen Dingen auch den Einstieg von behinderten Menschen in den ersten Arbeitsmarkt weiter fördern. Deswegen haben Integrationsunternehmensförderungen auch eine langfristige Perspektive in unseren Betrachtungen im Haushalt. Wir fördern sie solide weiter.

Natürlich wollen wir auch die Agentur Barrierefrei mit 680.000 Euro jährlich weiter unterstützen.

Der Inklusionsscheck in Höhe von 2.000 Euro – eine unbürokratische Pauschale für Organisationen, die Inklusionsprojekte durchführen; im Ganzen geben wir dafür 400.000 Euro aus – ist weiterhin wichtig.

Wir unterstützen die Organisation, die sich um die Kinderverschickungskuren – Sie alle wissen, dass wir da eine gewisse Problematik leider auch in Nordrhein-Westfalen haben – kümmert, mit rund 300.000 Euro, weil wir wollen, dass diese Gruppen ihre Anforderungen und ihre Netzwerke bilden können, um mit den Erfahrungen, die sie als Kinder gesammelt haben, besser umgehen zu können.

In der Sozialpolitik spielen natürlich auch Pflege und Alter eine große Rolle. Bei der Förderung der Pflege- und Gesundheitsberufe ist es wichtig, dass wir den Landesförderplan weiterhin im Haushalt mit rund 13 Millionen Euro fördern.

Sie wissen ja, dass einmal in einer Legislaturperiode ein neuer Landesförderplan Pflege und Alter aufgestellt werden muss. Das werden wir im kommenden Haushaltsjahr tun. Dieser Plan ist weiterhin gut durchfinanziert.

Die Regionalbüros Pflege und Demenz werden mit rund 2,6 Millionen Euro weiter gefördert.

Für „Miteinander – Digital“ – das ist ein Programm zur Förderung der Digitalisierung im Bereich von Pflegeeinrichtungen – setzen wir rund 1 Million Euro ein.

Natürlich wird die Landessenorenvertretung weiterhin vom Land Nordrhein-Westfalen in ihrer Struktur finanziell unterstützt, um dafür zu sorgen, dass in möglichst vielen Gemeinden Seniorenvertretungen entstehen und diese gut miteinander vernetzt sind.

Die Pflege- und Gesundheitsfachberufe sind natürlich auch Bestandteil der Fachkräfteoffensive. Da geht es um die Betreuungs- und Gesundheitsfachberufe. Dies fördern wir im Haushalt 2024 mit einer Summe von rund 500.000 Euro.

Man muss aber auch sehen, dass wir mit der Pflegeausbildung und dem Ausbildungsfonds eine relativ gute, stabile Situation in Bezug auf die Finanzierung der Ausbildung der Pflegekräfte haben. Der Landesanteil liegt mittlerweile bei 143,5 Millionen Euro. Die müssen wir dafür zur Verfügung stellen.

Sie wissen, dass wir die Schulen für die sogenannte Ausbildung der Pflegefachassistenz – das ist bei uns in Nordrhein-Westfalen ja eine einjährige Ausbildung – pro Schülerin, pro Schüler mit 585 Euro pro Auszubildenden fördern, damit auch diese Schulen vorgehalten werden können. Daher setzen wir auch in diesem Bereich weiter unsere Politik der Schulgeldfreiheit in allen Gesundheitsberufen fort.

Dadurch, dass wir da Schulgeldfreiheit eingeführt haben, haben wir immerhin erreicht, dass wir im Vergleich zu dem Zeitpunkt, als wir noch Schulgeld genommen haben, 34 % mehr besetzte Ausbildungsplätze in den Gesundheitsberufen haben. Eigentlich ist die Idee, dass man das Schulgeld in den Gesundheitsfachberufen staatlich finanziert, der Grund, warum wir den höchsten Anstieg in diesem Bereich hinbekommen haben. Daher war das aus meiner Sicht eine richtige Entscheidung.

Das waren die wesentlichen Aspekte, die ich mündlich vortragen wollte. Der lange schriftliche Bericht wird Ihnen zugehen. Ich bedanke mich für Ihr Vertrauen und freue mich auf eine gute Haushaltsberatung und eine fruchtbare Diskussion über die Schwerpunkte der Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik hier in Nordrhein-Westfalen. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Vorsitzender Josef Neumann teilt mit, heute könnten Verständnisfragen gestellt werden. Die weitere Debatte finde gemäß Absprache zu einem späteren Zeitpunkt statt.